Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheinungsweise täglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5-gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 125 — Dienstag, den 31. Mai 1932 — 27. Jahrgang

Rücktritt der Regierung Brüning

Berlin, 30. Mai 1932. Der Reichspräsident empfing heute mittag den Reichskanzler, der ihm die Gesamtdemission des Kabinetts überreichte. Der Reichspräsident beauftragte die bisherige Regierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte.

Die Besprechung Hindenburg-Brüning

Die Lage vor dem heute erfolgten Rücktritt der Reichsregierung

Berlin, 29. Mai. Die heutige Unterredung des Reichspräsidenten von Hindenburg mit dem Reichskanzler Dr. Brüning hat zwar noch nicht die Entscheidung in der Kabinettsfrage gebracht, aber es ist durchaus unverkennbar eine weitgehende Zuspitzung der Lage eingetreten, sodaß man in gut unterrichteten politischen Kreisen jetzt mit der Möglichkeit rechnet, daß es vielleicht schon im Laufe des Montag zu einem Gesamtrücktritt des Kabinetts Brüning kommen kann. Das ist, wie gesagt, zunächst nur eine Möglichkeit und vielleicht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, aber die Entscheidung darüber fällt erst am Montagmittag. Es bleibt natürlich auch die andere Möglichkeit offen, daß das Kabinett Brüning sich auf der Grundlage des Vertrauens des Reichspräsidenten neu konsolidiert.

Die heutige Unterredung zwischen Hindenburg und Brüning hat nur dreiviertel Stunden gedauert und sie hat unter vier Augen stattgefunden, sodaß Mitteilungen über ihren Inhalt und Verlauf nicht gemacht werden können. Im Anschluß daran hat der Reichskanzler mit mehreren Kabinettsmitgliedern eine Besprechung in der Reichskanzlei abgehalten. Morgen vormittag wird das Kabinett wahrscheinlich noch einmal zusammentreten, bevor sich der Reichskanzler um 12 Uhr zu der zweiten Besprechung zum Reichspräsidenten begibt, von der man auf Grund der heutigen ersten Unterredung dann die Entscheidung erwartet. Es handelt sich dabei um ein sachliches und um ein personelles Problem. Während des Aufenthalts des Reichspräsidenten in Neudeck sind offensichtlich von den rechtsstehenden Kreisen wieder starke Versuche unternommen worden, den Reichspräsidenten im Sinne der Interessen der ostpreußischen Landwirtschaft und zugleich im Sinne allgemein rechtsgerichteter Tendenzen zu beeinflussen.

In diesem Zusammenhang spielt der Siedlungsplan der Reichsregierung eine wichtige Rolle, der den Hauptteil des Arbeitsbeschaffungsprogrammes bildet. Die Großagrarier wenden sich mit großer Schärfe gegen diesen Siedlungsplan und wünschen die Sanierung sämtlicher Güter im Rahmen der Osthilfe. Die Meinungsverschiedenheiten über dieses Kernstück der neuen Notverordnung gehen über den Rahmen der kleinen Abänderungswünsche hinaus, die der Reichspräsident schon in Neudeck geäußert hatte und die, wie bereits gemeldet wurde, keine Schwierigkeiten verursacht hätten. Neben diesem Problem spielen die Wünsche der Generalität nach einer allgemeinen Rechtswendung der Reichspolitik diesmal wieder eine erhebliche Rolle und es scheint, daß auch der Reichspräsident v. Hindenburg diesen Wünschen jetzt wachsende Beachtung schenkt.

Man nahm bisher an maßgebender politischer Stelle in Berlin an, daß der Reichskanzler Dr. Brüning, gestützt auf das unveränderte Vertrauen des Reichspräsidenten, sein Kabinett neu ergänzen und für die nächsten außenpolitischen Aufgaben auf eine feste Grundlage stellen könnte. Diese Voraussetzung hat sich nach der Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin nicht mehr im gleichen Maße wie früher als zutreffend erwiesen.

Der Kanzler muß also morgen die Vertrauensfrage stellen, womit vermutlich der Wunsch nach gewissen Garantien in der Richtung einer Ausschaltung der erwähnten Nebeneinflüsse auf die Gesamtpolitik eine Rolle spielen dürfte. Wenn es in der morgigen Besprechung nicht gelingen sollte, die bisherige Vertrauensgrundlage in vollem Umfang wiederherzustellen, dann ist damit zu rechnen, daß der Kanzler nicht noch einmal eine neue Verzögerung von zwei bis drei Wochen anstrebt, sondern daß er dann wohl eine sofortige Entscheidung suchen und dem Reichspräsidenten den Gesamtrücktritt der Regierung anbieten wird. Es würde sich in diesem Falle also nicht um einen Umbau, sondern um die Berufung eines gänzlich neuen Kabinetts handeln, denn weder Brüning noch Dietrich und Stegerwald oder Groener, Schiele und Schätzel würden in einem neuen Kabinett unter ausgesprochen rechtsgerichteter Führung ihre Ämter beibehalten.

Die Nachfolgefrage würde in diesem Falle allerdings noch reichlich unklar sein, und in dieser Tatsache liegt ein unverkennbares Moment der Stärke für den jetzigen Reichskanzler. Es werden seit einigen Tagen wieder Namen genannt, wie der des bekannten ostpreußischen Politikers v. Gayl oder des Freiherrn v. d. Osten oder auch des früheren Reichswehrministers Geßler, aber ob einer dieser Kandidaten im Augenblick ernsthaft in Frage kommt, steht noch dahin. Als neuer Finanzminister in einem solchen Kabinett würde wahrscheinlich der jetzige Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk in Betracht kommen, der heute nach Paris zur dortigen Donau-Konferenz reist. Man müßte im Falle eines Kabinettswechsels mit einer neuen Regierung rechnen, in der der norddeutsche Adel verhältnismäßig starken Raum einnehmen würde. Eine parlamentarische Mehrheit im jetzigen Reichstag würde ein solches Kabinett natürlich nicht haben, denn es ist nicht damit zu rechnen, daß es von den Nationalsozialisten tolleriert würde, wenn diese nicht den entscheidenden Einfluß in einer solchen Regierung hätten, während die Sozialdemokraten selbstverständlich sofort in schärfste Opposition treten würden. Man müßte demgemäß mit der Auflösung des Reichstages und mit der Eventualität einer langfristigen Verschiebung der Neuwahlen rechnen. Für den Fall eines solchen Gesamtrücktrittes des Kabinetts Brüning würde natürlich auch die neue Notverordnung nicht mehr in Kraft gesetzt werden können.

Taktik der Verschleppung

Paris, 29. Mai. Ministerpräsident Tardieu hat am Sonnabendabend sowohl den deutschen Botschafter v. Hoesch als auch den amerikanischen Botschafter Edge empfangen. Wie verlautet, hat der amtliche Vertreter der Vereinigten Staaten im Verlauf der Unterredung darauf bestanden, daß der Abschluß des Abkommens über die durch das Hoover-Moratorium gestundeten Schuldenzahlungen nicht verschoben werde. Es handelt sich dabei bekanntlich um die Einzelheit der Zahlungsweise und die Festsetzung einer vierprozentigen Verzinsung. Der Ministerpräsident soll dem Botschafter jedoch erwidert haben daß die Entscheidung über den amerikanischen Vorschlag der zukünftigen Regierung vorbehalten bleiben müsse. Er stehe auf dem Standpunkt, daß der Abschluß eines Abkommens den Rahmen der Geschäftsführung durch ein zurücktretendes Kabinett überschreite.

Wahlen in Oldenburg

Landtagsmehrheit der NSDAP.

Amtliches Endergebnis

Emden, 29. Mai. Nunmehr liegt das amtliche Endergebnis der Landtagswahl im Freistaat Oldenburg vor. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 362 000. Abgegebene Stimmen 274 022, davon ungültig 2205. Es erhielten: Deutschnationale 15 629 (12 653) Stimmen, 2 (2) Mandate; SPD. 50 987 (54 893) Stimmen, 9 (11) Mandate; Soz. Arbeiterpartei 1464 (—) Stimmen, kein Mandat; KPD. 15 590 (18 942) Stimmen, 2 (3) Mandate; Nationale Vereinigung (früher Deutsche Volkspartei) 2308 (—) Stimmen, kein (2) Mandat; Deutsche Staatspartei 6213 (8515) Stimmen, 1 (1) Mandat; Oldenburgisches Landvolk 5987 (5404) Stimmen, 1 (1) Mandat; NSDAP. 131 525 (97 802) Stimmen, 24 (19) Mandate; Oldenburgisches Zentrum 42 114 (46 252) Stimmen, 7 (9) Mandate.

Oldenburg. Der neugewählte oldenburgische Landtag umfaßt 46 Mandate gegenüber 48 des alten Landtags. Diese Verschiebung trotz stärkerer Wahlbeteiligung erklärt sich aus den besonderen Bestimmungen des oldenburgischen Wahlgesetzes, wonach der Landtag nicht mehr als 48 Mandate umfassen darf. Auf der anderen Seite werden die Mandate durch einen gleitenden Quotienten errechnet, der aber stets auf volle Hundert aufgerundet sein muß. Aus dieser Tatsache kann sich dann, wie im vorliegenden Fall, bei starken Reststimmen einzelner Parteien ergeben, daß das Landesparlament nicht die volle Mandatzahl umfaßt, auch wenn die Wahlbeteiligung relativ stark ist. — An der stärkeren Wahlbeteiligung sind im wesentlichen die Nationalsozialisten beteiligt, die an Stimmen mehr errungen haben als Hitler beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, wenn auch weniger als die Hitlerstimmen bei dem zweiten Wahlgang betragen haben. Die Deutschnationalen haben immerhin einen Gewinn von etwa 25 Prozent zu verzeichnen, während die Verluste der Sozialdemokraten wesentlich stärker sind als die kleine Stimmziffer der SAP. Die Kommunisten haben stark verloren, was sich auch in dem Verlust eines Mandates ausdrückt. Eine Niederlage haben die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei mit ihrer gemeinsamen Liste erlitten. Auch ohne die Deutschnationalen, deren Besitzstand von 12 653 (4,8 Prozent) auf 15 629 Stimmen (5,7 Prozent) angewachsen ist, verfügen die Nationalsozialisten im neuen Landtag mit 24 Mandaten von insgesamt 46 über die absolute Mehrheit.

Die Landtagswahlen in der Stadt Oldenburg

Oldenburg, 29. Mai. Die Wahlergebnisse in der Stadt Oldenburg sind folgende: Deutschnationale 3020 (17. Mai 1931 Landtagswahl 2454); SPD. 4686 (5866); Soz. Arbeiterpartei 346 (0); KPD. 2419 (3366); Nationale Vereinigung (Volkspartei und Wirtschaftspartei) 560 (2884); Staatspartei 2296 (2636); Landvolk 20 (98); NSDAP. 12 635 (10 870); Zentrum 1234 (1307). Im ganzen ist nach den bisher vorliegenden Meldungen der Wahlkampf ruhig verlaufen, auch im Lande. Die Wahlbeteiligung ist geringer als im Vorjahre (75 Prozent) und dürfte in diesem Jahre nicht wesentlich über 70 Prozent liegen. Bei der verringerten Wahlbeteiligung wird sich der absolute Stimmengewinn der Nationalsozialisten und auch der Deutschnationalen in einer Vermehrung der Mandate auswirken. Die Kommunisten haben überall verloren, die Sozialdemokraten in den meisten Bezirken, aus denen Meldungen vorliegen, ebenfalls. Die Nationale Vereinigung, die Zusammenfassung von Deutscher Volkspartei und Wirtschaftspartei, erlitt einen völligen Zusammenbruch. Die Staatspartei hat Verluste erlitten, die, abgesehen von der Stadt Oldenburg, zwischen 25 und 40 Prozent schwanken. Das Zentrum hat sich gut gehalten.

Das Braune Haus zum Wahlsieg

Zum Oldenburger Wahlergebnis schreibt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP.:

„Die NSDAP. hat bei der heutigen Oldenburger Landtagswahl die absolute Mehrheit von sämtlichen Mandaten erobert. In der Entscheidungsstunde des Kabinetts Brüning hat das Volk gesprochen und Recht und Anspruch der NSDAP. auf die Staatsführung mit einer überwältigenden Vertrauenskundgebung bestätigt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte für die wirkliche Stimmung des Volkes und für die hoffnungslose Minderheit, in der sich das Kabinett Brüning in ganz Deutschland befindet, dann ist er heute in Oldenburg für das gesamte deutsche Volk erbracht worden. Was gedenkt Herr Dr. Brüning und sein Kabinett morgen mittag um 12 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten zu erklären?"

Italien fordert rasche Hilfe für Österreich

Rom, 28. Mai. Die italienische Regierung hat, wie die „Agenzia Stefani" meldet, ihre diplomatischen Vertreter in London, Paris und Berlin beauftragt, die dortigen Regierungen auf die Finanzlage Oesterreichs aufmerksam zu machen und sie auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß die vom Völkerbundsrat in seiner letzten Tagung vorgesehene Konferenz der Finanzsachverständigen der Regierungen und der Vertreter des Finanzkomitees des Völkerbundes unverzüglich zusammentritt.

Verfahren eingestellt

Der Oberreichsanwalt erklärt die Landesverratsanklage gegen die SA. als haltlos.

Berlin, 29. Mai. Nach einer Meldung des nationalsozialistischen Zeitungsdienstes hat der Oberreichsanwalt erklärt, daß die Prüfung des ihm seinerzeit von der preußischen Regierung zugeleiteten Materials gegen die SA. die völlige Haltlosigkeit der Landesverratsanklage gegen irgendeine Stelle der Nationalsozialistischen Partei ergeben habe. Ein Verdacht des Landesverrats habe sich aus keinem der Schriftstücke herleiten lassen, so daß das Verfahren eingestellt worden sei.

Die freien Gewerkschaften zur kommenden Notverordnung

Berlin, 28. Mai. Die Vorstände des ADGB. und des Afa-Bundes haben heute nochmals zu der bevorstehenden Notverordnung Stellung genommen, nachdem sie am 18. d. M. in einer Besprechung mit der Reichsregierung bereits die Notwendigkeit der unveränderten Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung betonten und die Zusammenlegung von Krisen-